

Resolution - Keine Kürzungen bei integrationsfördernden Maßnahmen im Land

Die Integrationspolitik Deutschlands hat den Anspruch, eine Querschnittsaufgabe zu sein, die auch perspektivisch für ein gutes und friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft sorgen soll. Integrationspolitik - vor allem die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund – wird häufig als entbehrliche Freiwilligkeitsleistung angesehen. Auch wenn wir die finanziellen Nöte der Kommunen, Gemeinden und Kreise aktuell sehen und verstehen, darf die Zielgruppe Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht zweitrangig behandelt werden. Wir fordern daher eindringlich, dass das Land keine Kürzungen bei integrationsfördernden Maßnahmen vollzieht. Gleichermäßen fordert der LAKA BW die Kommunen in Baden-Württemberg auf, in ihren Haushaltsbeschlüssen keine Mittelkürzungen in den Bereichen vorzunehmen, die Integration fördern.

Begründung: Die Corona-Pandemie belastet die Menschen unserer Gesellschaft in unterschiedlicher Weise. Die schon bestehende Ungleichheit der gesellschaftlichen Teilhabe wird durch sie leider verstärkt. Dabei geht es nicht nur um die materielle Ungleichheit, sondern auch um die Bildungs- und Gesundheitschancen und die Möglichkeit, Demokratie mitzugestalten. In der aktuellen Situation ist es keinesfalls so, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft dieselben Chancen haben bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse oder Einfluss nehmen können auf die Verhältnisse, unter denen sie selber agieren. Gerade Migrations- und Integrationsbeiräte, die sich in den Kommunen, Gemeinden und Kreisen seit Jahrzehnten ehrenamtlich für den Zusammenhalt und für die gleichberechtigte

Teilhabe aller Menschen engagieren, befürchten, dass eine Kürzung die Integrationsleistungen und -fortschritte wieder um Jahre zurückwerfen wird.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Fördersumme für die Kommunen, Gemeinden und Kreise so anzusetzen, dass die wichtige Arbeit in der Integrationspolitik in den nächsten Jahren weitergeführt werden kann.

Stuttgart, 21.11.2020